

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex 8 86 846 pbbn d

Inhalt

43. Jahrgang / 83

2. Mai 1988

Dr. Wilhelm Bruns resümiert eine deutsch-sowjetische Konferenz in Moskau: Für eine Perestroika zwischen den Blöcken.

Seite 1

Gerhard Schmid MdEP unterbreitet dem CSU-Doppel-Abgeordneten Günther Müller einige Tips zum Umgang mit seinem Einkommen: Ein Teil für das öffentliche Wohl abführen.

Seite 4

Hermann Buschfort MdB fordert, auf Schulgeld in der Altenpflegeausbildung zu verzichten: Schweren Beruf nicht zusätzlich belasten.

Seite 5

Kurt Beck MdL sieht Dr. Bernhard Vogel vor der Ablösung: In der Mainzer CDU wird bereits über Nachfolger spekuliert.

Seite 6

Für eine Perestroika zwischen den Blöcken

Erkenntnisse nach einer Konferenz in Moskau

Von Dr. Wilhelm Bruns

Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Noch nie waren die Chancen für eine umfassende Verbesserung der Ost-West-Beziehungen besser als heute. Dies ist die gemeinsame Schlußfolgerung die nach der 4. Deutsch-Sowjetischen Sicherheitskonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zu ziehen ist, die vom 27. bis 29. April 1988 in Moskau stattfand und an der hochrangige Politiker, Militärs, Wissenschaftler und Publizisten beider Seiten teilnahmen.

Die Delegation der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde vom FES-Vorstandsmitglied Egon Bahr geleitet, die sowjetische Delegation stand unter der Leitung von W. Sagladin (Mitglied des ZK der KPdSU und Erster Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU). Generalthema war die „Stabilität in Europa“. Über militärische Aspekte des Themas sprachen Egon Bahr, Andreas von Bülow, Erwin Horn, Sagladin u.a. Nichtmilitärische Komponenten des Themas wurden von Karsten Voigt, W. Falin (Vorstandsvorsitzender von Nowosti) u.a. getragen. Karsten Voigt stellte seinen Vortrag, den er für den erkrankten Horst Ehmke hielt, unter drei Leitideen: Entfeindung, Entmilitarisierung und Zusammenarbeit beim Aufbau eines gemeinsamen Hauses Europa.

Sagladin entwickelte interessante Überlegungen zur politischen Stabilität in Europa, wobei er unterstrich, daß der militärische Faktor nur einer von vielen Faktoren sei. Egon Bahr entwickelte eine Choreographie der kleinen Schritte zur konventionellen Abrüstung bis hin zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit (in Moskau inzwischen zu einem geläufigen Begriff geworden).

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Freiwilliger Umwelt-
schutz durch den Einsatz
Recycling-Papier



Dobrinin (ZK-Mitglied und Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU) gab außerhalb des Konferenzgeschehens einen Überblick über den Stand der Abrüstungsverhandlungen, wobei der sowjetische Kompromißwille deutlich wurde und geradezu einlädt, sowohl bei START, wie bei den Verhandlungen über chemische Abrüstung sowie bei den Mandatsgesprächen über konventionelle Abrüstung recht bald zu Ergebnissen zu kommen und natürlich bei der Ratifizierung von INF.

II.

Die Breite des Themas war dabei durchaus von Vorteil, denn so konnten die verschiedenen Aspekte zur Geltung beziehungsweise zur Diskussion gestellt werden. Überblickt man die deutsch-sowjetischen Konferenzen der Friedrich-Ebert-Stiftung, die 1982 in Bonn begannen, so ist eine erstaunliche und erfreuliche Entwicklung festzustellen. Statt des früher nicht selten anzutreffenden konfrontativen Herangehens mit einseitigen Schuldzuweisungen und der Hervorhebung einzelner Reizthemen (Doppelbeschluß der NATO, SS 20 oder SDI) zeichnet sich nun ein Prozeß der Überwindung antagonistischer Denkansätze ab. Im Laufe der Begegnungen ist ein Fundus von gemeinsamen Erfahrungen und ähnlichen Erkenntnissen entstanden, der den Gedankenaustausch auch über heikle Fragen fruchtbar macht und zu Ergebnissen in der praktischen Politik führt.

Daß gemeinsame Sicherheit notwendig und praktische Schritte zur Transformation der Ost-West-Beziehungen möglich sind, ist zwischen den sich ständig sehenden Teilnehmern aus der Bundesrepublik und der UdSSR völlig unbestritten. Es geht schon nicht mehr um das Ob einer umfassenden Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, sondern „nur“ noch um das Wie.

Ob dabei die Metapher vom gemeinsamen Haus Europa hilfreich ist, hängt von der weiteren Konkretisierung ab. Einverständnis wurde darüber erzielt, daß die Chancen für eine umfassende ergebnisorientierte Entwicklung der politischen, militärischen, ökonomisch-ökologischen und humanitären Zusammenarbeit sehr gut sind. Die sowjetischen Gesprächsteilnehmer unterstrichen dabei insbesondere die große Rolle, die der Bundesrepublik in diesem Prozeß zukommt. Eine solche Rollenzuweisung korrespondierte allerdings auch mit konkreten Erwartungen an die Bundesregierung, ihren Teil zur militärischen, politischen und ökonomischen Entspannung beizutragen.

III.

Bei der Diskussion der einzelnen Kooperationsfelder wurde insbesondere von sowjetischen Teilnehmern darauf hingewiesen, daß der gesellschaftliche Gegensatz zwischen den Sozialsystemen weitreichende und stabile Kooperation nicht ausschließt, wenngleich sich aus diesem Gegensatz auch gewisse Grenzen ergeben.

Doch die Grenzen waren nicht das Thema, sondern es galt herauszufinden, wie das Kooperationsfeld bestellt werden kann, gemeinsam oder parallel. Beide Seiten machten dazu konkrete Vorschläge. In diesem Zusammenhang wurde von sowjetischer Seite noch einmal die veränderte Doktrin der „friedlichen Koexistenz“ herausgestellt: Es gehe nicht mehr um Klassenkampf, sondern die konkrete Situation verlange nach grenzüberschreitender Zusammenarbeit bei der Organisation der zunehmend gewollten Interdependenz. Oberster Bezugspunkt ist die Friedenserhaltung. Dabei gilt das Ziel der Friedensgestaltung, zusammen mit den real existierenden Staaten und Kräften.

Ein wichtiger, wenn nicht zentraler Diskussionspunkt war das Verhältnis von westeuropäischer Integration und gemeinsamem Haus Europa. Hier zeigte sich allerdings auch auf sowjetischer Seite ein erhebliches Einschätzungsproblem westeuropäischer Integrationsbemühungen. Die WEU, die „Achse“ Bonn - Paris sowie die von Paris und London erschienen mehr als Bedrohung, denn als das, was sie sind. Vielleicht muß man hier noch einmal die Motive westeuropäischer Integrationsbestrebungen verdeutlichen, damit Mißverständnisse abgebaut werden. Man könnte das Dilemma so umschreiben: Wenn alle für westeuropäische Integration sind aber auch für das gemeinsame Haus Europa im Sinne des KSZE-Prozesses, muß das Verhältnis von Integration und Gesamteuropa geklärt werden. Vielleicht bei einer der nächsten Sitzungen in Bonn, zu der die sowjetischen Teilnehmer eingeladen wurden.

IV.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß man sich um eine realistische Sicherheitsanalyse der Ost-West-Beziehungen bemühen müsse. Dies bedeutet, daß die überkommenen Feindbilder auf beiden Seiten überprüft werden müssen. Es war Konsens, daß dies im Rahmen einer umfassenden Politik der Vertrauensbildung möglich ist. Dabei zeigte sich auch dieses Mal, daß die Ost-West-Konferenzen der Friedrich-Ebert-Stiftung, in die die deutsch-deutschen Begegnungen eingebettet sind, einen konkreten Beitrag zum Aufbau einer Infrastruktur des Vertrauens leisten.

Durch den kontinuierlichen Gedankenaustausch unter Beteiligung von Militärfachleuten (dieses Mal waren drei hochrangige sowjetische Militärs in der Delegation der UdSSR) tragen sie zur Perestroika zwischen den Blöcken bei und damit zur Überwindung der europäischen Trennung.

(-/2.5.1988/rs/ks)

* * *

Einige Tips an Günther Müller

Wie der Doppel-Abgeordnete mit einem Teil seiner Einkünfte dem öffentlichen Wohl dienen könnte

Von Gerhard Schmid MdEP

Der CSU-Politiker Günther Müller hat die Chance sich beliebt zu machen. Seit kurzem ist er nicht nur Bundestagsabgeordneter (was er bekanntlich mit wechselndem Erfolg bereits mal für die SPD, mal für die CSU - seit 1972 - ist), sondern auch noch anstelle des jüngst verstorbenen Heinrich Aigner Europaabgeordneter. Es wäre deshalb durchaus angemessen, wenn er monatlich etwa 4.000 DM für wohltätige Zwecke spendete. Denn derzeit ist Müller der einzige deutsche Politiker, der sowohl dem Bundestag wie dem Europäischen Parlament angehört und sich deshalb vor dem Vorwurf schützen muß, er wolle sich leistungslos bereichern.

Und zwar deshalb: Der Gesetzgeber hat zwar dafür gesorgt, daß im Falle eines Doppelmandats keine doppelten Diäten bezogen werden können. Und auch für Mitarbeiter wird das doppelte Kassieren dadurch verhindert, daß zur Abrechnung Arbeitsverträge vorgelegt werden müssen. Aber die Büro-kostenpauschale von rund 4.000 DM wird für das einzelne Mandat ohne jeglichen Nachweis gewährt.

Günther Müller täte gut daran, wenn er erst gar nicht den Verdacht aufkommen ließe, er wolle sich bereichern. Da er nun leider nicht gerade der SPD als Abgeltung für die Mitgliedschaft in ferner Vergangenheit monatlich 4.000 DM barappen mag, sollte er das Geld wenigstens den bayerischen Hochwasseropfern oder der Caritas spendieren. Auch mit der Mitarbeiterpauschale ließe sich Wohltätiges tun. Er könnte beispielsweise einige jener vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth zu Unrecht als Faulpelze geschmähten Jugendlichen einstellen, um die Wahlkreisarbeit zu aktivieren. Da der Herr Doppelabgeordnete nun wohl überhaupt nicht mehr im Rottal und Umgebung zu sehen sein wird, könnten sie wenigstens Müllers Papiere in Ordnung halten.

Wenn ich diese Tips gebe - dessen bin ich mir bewußt - handele ich nahezu partei- oder gar europaschädigend. Dann nämlich, wenn der „wanderlustige“ Müller durch solch unvermutete Aktivitäten tatsächlich seine Nominierung für die Europawahl im nächsten Jahr erreichen sollte. Aber da hat letztlich Gott sei Dank der Wähler das letzte Wort. Sollte der Kollege Müller also tatsächlich im EP heimisch werden, dann möchte ich ihm den dringenden Rat geben, sich erst einmal mit dem Arbeitspensum im Europa-Parlament vertraut zu machen. Die gepflegte Arbeitszeitregelung, die er bisher genießen konnte, wird er dort - wenn er seine Aufgaben ernst nimmt jedenfalls nicht genießen können.

{-/2.5.1988/rs/ks}

* * *

Auf Schulgeld in der Altenpflegeausbildung verzichten

Der Weg zu einem der schwersten Berufe darf nicht zusätzlich belastet werden

Von Hermann Buschfort MdB
Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

Der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt (AW) hat die Entscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung begrüßt, zum 1. Juli 1988 das monatliche Schulgeld in der Altenpflegeausbildung aus dem Landeshaushalt zu finanzieren. Damit hat nach Baden-Württemberg das Land Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Schritt getan, Ausbildungsgänge im Altenpflegeberuf zu fördern und zu erleichtern.

Der AW-Bundesvorstand hat die Bundesländer aufgefordert, dem Beispiel von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zu folgen, und auf Schulgelder für die Altenpflegeausbildung ganz zu verzichten. In Baden-Württemberg trat dies als gesetzliche Regelung zum 1. September 1987 in Kraft, nachdem die dortige Landesorganisation der Arbeiterwohlfahrt schon lange darauf gedrängt hatte.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes werden bis zum Jahr 2000 26 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter sein; in 50 Jahren werden es bereits 38 Prozent sein. Die Zahl der Hochbetagten - über 80 Jahre - wird noch schneller steigen. Experten warnen vor einem „Pflege-Berg“ - die Arbeiterwohlfahrt sieht bereits heute einen Pflegenotstand.

Mehr Altenpflegekräfte und bessere Schlüsselquoten zwischen Pflegebedürftigen und pflegendem Personal sind notwendig. Eine humane Pflege, die über eine nur auf den Körper bezogene Grundpflege hinausgeht, setzt gut ausgebildete Kräfte voraus. Sie lassen sich weder als Hilfskräfte aus dem 3. oder 4. Arbeitsmarkt rekrutieren, noch liegt die Lösung in sogenannten sozialen Pflichtjahren.

Für junge Menschen kann aber der Beruf Altenpfleger/in, der zu den schwersten Berufen gehört, kaum erstrebenswert sein, wenn sie die Ausbildung durch Schulgeld selbst bezahlen müssen.

Die AW wird sich in dieser Frage an die Ministerpräsidenten der Bundesländer wenden, die bislang einen Verzicht auf dieses Schulgeld nicht erklärt haben.

Nach Auffassung des Bundesvorstandes der Arbeiterwohlfahrt müssen die Ausbildungsvoraussetzungen und -dauer bundeseinheitlich sein.

Zukünftig muß angestrebt werden, das gesamte Berufsbild attraktiv zu gestalten, also auch Qualifikations- und Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten.

Die Zufriedenheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Altenpflege ist letztlich auch mit direkter Wirkung für die alten Menschen in den Einrichtungen und Diensten verbunden.

Diese Feststellung konnte in den nunmehr 30 Jahren Altenpflegeausbildung innerhalb der AW gesammelt werden.

(-/2.5.1988/rs/ks)

* * *

Dr. Bernhard Vogels Mainzer Finale?

In der CDU Rheinland-Pfalz wird bereits über Nachfolger spekuliert

Von Kurt Beck MdL
Landesgeschäftsführer der SPD Rheinland-Pfalz

Kräftig gerupft wurde der Mainzer CDU-Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel schon nach der verlorenen Landtagswahl vor einem Jahr. Doch nun scheint es, als wollten ihm die eigenen Parteifreunde auch an Krone und Zepter, um Bernhard Vogel in den politischen Vorruhestand zu schicken.

Nach der deutlichen Wahlschlappe der rheinland-pfälzischen CDU im Mai 1987 hatte es zwischen Koblenz und Ludwigshafen lautstarke Kritik am Regierungsstil, aber auch am Wahlkampfkonzept des Bernhard Vogel gegeben. Geballten Unmut äußerte dabei vor allem die Junge Union, die dem Partei- und Regierungschef zu Recht Entscheidungsschwäche, wenig Durchsetzungsvermögen und eine totale Verkrustung der eigenen Partei vorwarf.

Erhebliche Zugeständnisse - personell wie sachlich - an den neuen und eher ungeliebten Juniorpartner FDP hatten das Image des eher empfindlichen Ministerpräsidenten weiter angekratzt - sein Stern begann deutlich zu sinken. Seither war es in Mainz ein offenes Geheimnis, daß für Bernhard Vogel fieberhaft ein politischer Altenteil gesucht wird.

Nun sind sie fündig geworden, die Parteifreunde und all jene, die den glücklosen Regierungschef in Mainz beerben wollen. Den Vorsitz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn gilt es, neu zu besetzen, und die Ambitionen Bernhard Vogels auf diesen Posten machen seit Tagen nicht nur bei Journalisten die Runde. Halbherzige Dementis aus der Staatskanzlei und der Hinweis, Bernhard Vogel könne beides, nämlich Ministerpräsidentenamt und Vorsitz der Stiftung gut in einer, also seiner, Person vereinen, haben die Vermutungen nur genährt, daß hier ein Ministerpräsidentenstuhl erheblich wackelt.

Die CDU hat wohl erkannt, daß sie mit diesem Ministerpräsidenten bei den Kommunalwahlen 1989 und bei den Landtagswahlen 1991 keinen Blumentopf mehr gewinnen kann. „Revitalisierung der Partei“ heißt deshalb das Prinzip Hoffnung der rheinland-pfälzischen CDU, was auch immer die einzelnen Gruppierungen dieser vielschichtigen Partei darunter verstehen mögen.

Viele Namen, darunter auch Heiner Geißler, werden bereits offen als Nachfolger gehandelt, doch frisches Blut mit neuen politischen Ideen für dieses problembeladene Land ist nicht erkennbar. So wird die Verkrustung in Macht und scheinbarer Herzlichkeit bleiben, weiter wird Parteibuch vor Sachverstand gehen. Bernhard Vogel wird gehen müssen, aber andere Namen werden die gleiche Politik fortsetzen.

(-/2.5.1988/rs/ks)

* * *